

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Prof. Dr. Martin Pätzold (CDU)

vom 17. März 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. März 2025)

zum Thema:

Nachfrage zur Schriftlichen Anfrage 19 / 21127 über „Verkehrssicherheit im Dorf Malchow sicherstellen“

und **Antwort** vom 3. April 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 4. April 2025)

Senatsverwaltung für
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Martin Pätzold (CDU)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/22016
vom 17. März 2025
über Nachfrage zur Schriftlichen Anfrage 19/21127 über „Verkehrssicherheit im Dorf
Malchow sicherstellen“

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft (zum Teil) Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher das Bezirksamt Lichtenberg von Berlin um Stellungnahme gebeten, die bei der nachfolgenden Beantwortung berücksichtigt ist.

Frage 1:

Aus welchem Grund wurden die vom Berliner Senat bereits 2020 angeordneten Verkehrszeichen (Gefahrzeichen 136 der StVO „Achtung Kinder“ und Geschwindigkeitsbeschränkung Montag – Freitag 06 bis 18.00 Uhr) bisher nicht aufgestellt?

Antwort zu 1:

Nach Auskunft des für die Ausführung der Anordnung zuständigen Bezirksamtes Lichtenberg wurde das Aufstellen der Verkehrszeichen einer ähnlichen Maßnahme an anderer Stelle in der Straße falsch zugeordnet und damit fälschlicherweise als vollzogen gewertet.

Frage 2:

Wann ist nunmehr mit der Aufstellung der o.g. Verkehrszeichen zu rechnen?

Antwort zu 2:

Das Bezirksamt hat das Aufstellen der Verkehrszeichen nun umgehend beauftragt, die Umsetzung erfolgt kurzfristig.

Frage 3:

Welche Möglichkeiten hat der Berliner Senat, bei weiterer Verzögerung der Aufstellung selbst tätig zu werden oder die Aufstellung anderweitig durchzusetzen?

Antwort zu 3:

Weitere Verzögerungen sind derzeit nicht zu erwarten, so dass ein Eingriff seitens des Senats nicht im Raum steht.

Berlin, den 03.04.2025

In Vertretung

Johannes Wiczorek
Senatsverwaltung für
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt